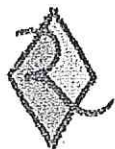


Delegation HAH



Regierung von Oberbayern



Regierung von Oberbayern • 80534 München



Schön Klinik Harthausen GmbH & Co. KG  
c/o Schön Klinik Verwaltung GmbH  
Postfach 15 53  
83205 Prien

Bearbeitet von  
Maria Elbach

Telefon / Fax  
+49 (89) 2176-2310 / -402310

Zimmer  
3325

E-Mail  
Maria.Elbach@reg-ob.bayern.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen  
12.2.3-2433-RO 2012 (J14)

München,  
18.12.2012

Vollzug des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) und des Bayerischen  
Krankhausgesetzes (BayKrG);

Schön Klinik Harthausen  
Ersatzneubau Funktionsgebäude

Anlage

1 Schreiben des StMUG vom 07.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage übersenden wir die Delegation des StMUG vom 07.12.2012 mit der  
Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Eibach

Dienstgebäude  
Maximilianstraße 39  
80538 München

U4/U5 Lehel  
Tram 18/19 Maxmonument

Telefon Vermittlung  
+49 (89) 2176-0

Telefax  
+49 (89) 2176-2914

E-Mail  
poststelle@reg-ob.bayern.de

Internet  
www.regierung-oberbayern.de





# Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit



SIMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

Regierung von Oberbayern  
Maximilianstraße 39  
80538 München

Ihre Nachricht  
14.04.2012  
12.2.3-2433-  
RO2012(J14)

Unser Zeichen  
22d-K9030.18714-2011/2-4

Telefon +49 (89) 9214-3711  
Uwe Gürtler  
Uwe.Guertler@stmug.bayern.de

München  
07.12.12

80.11.12  
→ 12.2

12/12  
72.23

Vollzug des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) und des  
Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG);

Schön Klinik Harthausen, Bad Aibling - Ersatzneubau Funktionsgebäude

Anlage:

- 1 Ordner Antragsunterlagen
- 1 Ordner Altunterlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit äußert sich zu dem  
o.g. Bauvorhaben wie folgt:

1. Der Träger hat mit Schreiben vom 01.12.11 die finanzielle Absicherung des Ersatzneubaus des Funktionsgebäudes bei der Schön Klinik Harthausen, Bad Aibling, beantragt. Die eingereichten Antragsunterlagen wurden von der Regierung nach Plausibilität bewertet.

Unter Berücksichtigung der Feststellungen der Regierung wird der Bedarf für  
das Bauvorhaben grundsätzlich anerkannt.

Standort  
Rosenkavalierplatz 2  
81925 München

Öffentliche Verkehrsmittel  
U4 Arabellapark

Telefon/Telefax  
+49 89 9214-00 /  
+49 89 9214-2266

E-Mail  
poststelle@stmug.bayern.de  
Internet  
www.stmug.bayern.de

Die Regierung wird ermächtigt, neben der fachlichen Billigung auch die formelle Programmfreigabe für das Bauvorhaben zu erteilen (Art. 22 Abs. 1 Nr. 3 BayKrG i.V.m. § 20 Abs. 1 Nr. 1 und 2 DVBayKrG).

Im weiteren fachlichen Prüfungsverfahren sind die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Hinweise in diesem Schreiben zu beachten.

## 2. Planungsunterlagen

Grundlage der Delegationsentscheidung sind die beigefügten Antragsunterlagen vom November 2011.

## 3. Bedarf

Nach dem Votum des Bayerischen Krankenhausplanungsausschusses vom 28.11.11 wurden für die beabsichtigten Bauvorhaben bei der Schön Klinik Harthausen 95 Betten sowie die Fachrichtungen Innere Medizin und Orthopädie als bedarfsgerecht anerkannt (vgl. GMS vom 01.12.11, Az.: 23d-K9030.18714-2011/1-4).

Die vorliegende Planung hält sich im Rahmen dieser Bedarfsfeststellung.

Durch die getroffene Bedarfsfeststellung wird eine künftig ggf. erforderliche Anpassung an die Bedarfsentwicklung nicht ausgeschlossen (vgl. Art. 3 bis 5 BayKrG sowie Teil I, Ziffer 3.1.2 des Krankenhausplans des Freistaates Bayern).

## 4. Funktions- und Raumprogramm

Das den weiteren Planungen zu Grunde zu legende Funktions- und Raumprogramm wurde im Rahmen der **Besprechung im Gesundheitsministerium vom 18.01.12 gemeinsam erörtert und abgestimmt**. Die dabei getroffenen Festlegungen sind von der Regierung im weiteren Verfahren zu beachten. Soweit in hygienischer Hinsicht Anpassungen erforderlich sind, die aus den Ergebnissen der Hygiene-Arbeitsgruppe Bau unter Leitung des LGL herrühren, entscheidet die Regierung hierüber in eigener Zuständigkeit. In Zweifelsfragen kann das StMUG eingeschaltet werden.

Laut Feststellung in der medizinfachlichen Stellungnahme vom 05.03.12 spiegeln sich die abgestimmten Flächen des Funktions- und Raumprogramms in der vorliegenden Planung noch nicht gänzlich wider. Auf die Einhaltung der Programmvorgaben ist in der Weiterplanung zu achten. Überflächen sind grundsätzlich aus der Förderung auszuscheiden; Minderflächen, die zu hygienischen Defiziten führen, sind nicht tolerabel.

## 5. Maßnahmeinhalt / Bauplanung

- 5.1 Das vorliegende Projekt beinhaltet den Ersatzneubau des Funktionsgebäudes. In den einzelnen Ebenen sind dabei folgende Betriebsstellen umfasst:

### Untergeschoss

Medizintechnikwerkstatt, Lager, Bettenzentrale, Wäscheaustausch, Sterilgutumschlag, Technik, Wirtschaftshof mit Abfallentsorgung

### Erdgeschoss

Patientenaufnahme, Funktionsdiagnostik, Röntgendiagnostik, klinischer Arztendienst, Infiltrationsbehandlung, Praxisräume (nicht förderfähig)

### 1. Obergeschoss

OP-Abteilung (4 Säle), Aufwachraum (7 Plätze), Intermediate-Care (2 Betten), „Same-Day-Surgery“ (nicht förderfähig)

### 2. Obergeschoss

Ergänzungsräume OP-Abteilung (Diensträume, Personalaufenthalt), klinischer Arztendienst, Archiv, Technik

- 5.2 Die Regierung stellt sicher, dass hygienisch einwandfreie und funktionell richtige Betriebsabläufe erwartet werden können; auf folgendes wird noch hingewiesen:
- 5.3 Nach den im Gesundheitsministerium geführten Gesprächen vom 21.09.11 und 18.01.12 plant der Träger der Schön Klinik Harthausen einen mehrstufigen Ersatzneubau des Akutkrankenhauses sowie die Sanierung des nicht förderfähigen Reha-Bettenbaus. Nach den getroffenen Absprachen soll der Förderantrag auf den Neubau des Funktionstrakts beschränkt bleiben. Das Gesundheitsministerium geht insoweit



davon aus, dass die übrigen Neubauteile (Akut-Bettenhaus etc.) vom Träger selbst finanziert werden.

- 5.4 Im Hinblick auf den vorgesehenen Ersatzneubau hat die Regierung einen Ortstermin zur Erhebung und Bewertung des baulichen Bestandes durchgeführt. Dabei wurde u.a. festgestellt, dass das Kerngebäude (Hauptbau aus den 1950er Jahren; daneben noch ältere Bestandteile), in dem wesentliche Funktionsbereiche untergebracht sind, nicht wirtschaftlich sanierbar sei. Bei der OP-Abteilung, die erst 1999 im Wege einer Aufstockung auf dem Schwimmbadgebäude errichtet worden war, eruierte die Regierung verschiedene hygienische und funktionelle Defizite (unzureichende Nebenraumzone, mit 35 m<sup>2</sup> zu kleine OP-Säle etc.). Auf der Basis des Prüfungsergebnisses der Regierung konnte dem Vorhaben zum Neubau eines Funktionsgebäudes insgesamt dem Grunde nach zugestimmt werden.

Hinsichtlich der seinerzeit gewährten Kontingentförderung für die OP-Abteilung (2,06 Mio. € in den Jahren 2000/2001) prüft die Regierung noch die entsprechenden förderrechtlichen Konsequenzen.

- 5.5 Zu einigen offenen Fragestellungen aus der Besprechung vom 18.01.12 hat der Träger nachträgliche Begründungen geliefert. Aus der medizinfachlichen Stellungnahme der Regierung hierzu vom 05.03.12 sind für verschiedene Bereiche im EG des neuen Funktionstrakts u.a. folgende Bewertungen zu entnehmen:

→ Für die im Rahmen der Fachabteilung Orthopädie mit der Bezeichnung „Gelenkzentrum“ geplante Einheit mit mehreren Arztdiensträumen und Sekretariat sind die programmierten Flächen plausibel begründet. Es liegt keine ambulante Nutzung vor.

→ Der besondere Bereich „Infiltration“ dient der konservativ-orthopädischen Behandlung von Wirbelsäulenerkrankungen unter Röntgenkontrolle und ist medizinisch nachvollziehbar erklärt.

→ Die Notwendigkeit zur Vorhaltung eines MRT-Gerätes für den stationären Bereich ist plausibel nachgewiesen.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Regierung werden gegen die betreffenden Einplanungen keine grundsätzlichen Einwände erhoben.

Bei den Arztdiensträumen des „Gelenkzentrums“ sollte noch geprüft werden, inwieweit die vom Träger angegebene Teilzeitbeschäftigung der dort tätigen Mediziner ggf. eine Doppelbelegung der Räume zulässt.

Bei der Spange Aufnahme/Funktionsdiagnostik/Infiltration ist laut medizinfachlicher Aussage keine Fläche für die Entsorgung vorgesehen. Die auch in hygienischer Hinsicht relevante Frage ist mit dem Träger zu erörtern.

Hinsichtlich der MRT-Einheit wird darauf hingewiesen, dass der Träger aufgrund des etwa hälftigen ambulanten Nutzungsanteils von vornherein eine Förderquote von 50 % akzeptiert hat. Dies ist im weiteren Förderverfahren zu berücksichtigen. Bei der Geräteausrüstung ist zudem zu beachten, dass anstatt des vom Träger favorisierten 3-Tesla-MRT lediglich ein 1,5-Tesla-Gerät als bedarfsgerecht einzustufen ist (vgl. auch medizintechnische Stellungnahme der Regierung vom 17.04.12).

- 5.6 Nachdem die Sterilgutversorgung nach den Einlassungen des Trägers künftig von der Schön Klinik Vogtareuth aus erfolgen soll, ist im UG des neuen Funktionstrakts lediglich ein Sterilgutumschlag vorgesehen. Laut medizintechnischer Stellungnahme der Regierung vom 17.04.12 sollte im vorliegenden Fall noch geprüft werden, inwieweit eine - zumindest teilweise - Lagerung von Sterilgütern in der OP-Abteilung möglich ist. Dabei wäre auch der Flächenbedarf für die Sterilgutlagerung nochmals insgesamt festzustellen.
- 5.7 Bei der OP-Abteilung im 1. OG konnte bei der Programmabstimmung lediglich der Bedarf für 3 von 4 geplanten OP-Sälen anerkannt werden. Allerdings waren auch 3 Kernräume nur unter der Annahme einer als wahrscheinlich einzustufenden Leistungssteigerung als bedarfsgerecht anzusehen. Die Entscheidung steht daher unter dem Vorbehalt, dass der Träger bis zur fachlichen Billigung den entsprechenden Bedarf anhand konkreter Leistungszahlen auch tatsächlich gegenüber der Regierung belegen kann. Dies gilt analog auch für die Kapazität des Aufwachraums (5 von 7 geplanten Plätzen sind erkennbar, soweit sich Bedarf für 3 OP-Säle bestätigt).
- 5.8 Hinsichtlich der OP-Abteilung sind vor allem noch folgende Punkte, die in der medizinfachlichen Stellungnahme vom 05.03.12 als problematisch genannt sind, mit dem Träger eingehend zu diskutieren:



→ Der vorgesehene Transportweg für das Anästhesiematerial und die Verbrauchsgüter muss kritisch hinterfragt werden. Die Wegeführung vom UG über den Sterilgut-Aufzug und den Sterilflur ist jedenfalls nur tolerierbar, wenn es zu keinerlei Einschränkungen bei den Hygieneanforderungen kommt; ggf. muss ein zusätzlicher Versorgungsweg über eine Versorgungsschleuse in den OP-Bereich eingerichtet werden.

→ Die Hinweise der Regierung zur Entsorgungsschleuse, zum unreinen Arbeits-/Putzraum sowie zur Lafettenreinigung und -lagerung müssen beachtet werden.

→ Im 2. OG befinden sich OP-Ergänzungsräume (Diensträume, Personalaufenthalt), die zum geschleusten Bereich der OP-Abteilung gehören. Die Erschließung der betreffenden Flächen erfolgt über ein Treppenhaus, das auch als Fluchtweg dient. Es ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass es hier zu keinen unkontrollierten Zutritten in den OP-Bereich kommt.

5.9 Gemeinsam mit dem Aufwachraum im 1. OG sollen nach den Vorstellungen des Trägers 2 Intermediate-Care-Betten betrieben werden. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, dass IMC- und Aufwachpatienten nicht im gleichen Raum untergebracht werden dürfen (insb. wegen Restnarkosegas). Gegen eine Kombinationseinheit mit gemeinsamen Betriebsräumen bestehen ansonsten keine Bedenken. Im Übrigen ist - nachdem der Aufwachraum nur tagsüber betrieben wird - für die IMC-Patienten selbstverständlich eine 24-Stunden-Betreuung sicherzustellen.

5.10 Unmittelbar neben der OP-Abteilung ist eine als „Same-Day-Surgery“ bezeichnete Einheit geplant, die laut Träger der tagesgleichen Aufnahme von OP-Patienten dienen soll. Im Rahmen der Programmabstimmung wurden die betreffenden Flächen als nicht bedarfsnotwendig eingestuft (Aufnahme ebenso gut auf Station möglich; Bereich zudem nicht von Einheit für ambulante Patienten unterscheidbar). Die Regierung achtet auf eine entsprechende Kostenausgrenzung.

5.11 Der Anregung der Bauabteilung der Regierung entsprechend sollte der Träger im weiteren Verfahren noch etwaige spätere Erweiterungsmöglichkeiten des Baukörpers aufzeigen, um auf künftige Entwicklungen flexibel reagieren zu können. Ebenso sollte die Empfehlung zur Berücksichtigung passender Aspekte der „Green Hospital Initiative Bayern“ nochmals mit dem Träger diskutiert werden.

## 6. Kosten, Förderung

- 6.1 Nach dem Ergebnis der Plausibilitätsprüfung durch die Regierung belaufen sich die vorläufig förderfähigen Kosten des Projekts auf insgesamt 13,60 Mio. € (Stand 11/11).
- 6.2 Das Bauvorhaben ist gemäß Ministerratsbeschluss vom 24.07.12 für eine Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2014 mit förderfähigen Gesamtkosten von 13,60 Mio. € (Stand 11/11) vorweg festgelegt.
- 6.3 Hinsichtlich des im Rahmen des fachlichen Prüfungsverfahrens aus der Förderung auszuscheidenden Erhaltungsaufwands wird verwiesen auf
- die Arbeitshilfe „Kriterien zur Abgrenzung der Investitionskosten vom Erhaltungsaufwand“ (übersandt mit AMS vom 03.05.02, Az.: II 1/9010/1/02),
  - die ergänzenden Ausführungen, insbesondere zum Begriff des Anlagegutes (vgl. AMS vom 14.04.03, Az.: II 1/9010/1/02), sowie
  - die Ergebnisse der gemeinsamen Dienstbesprechung mit den Regierungen vom 29.04.03 (Protokoll mit Anlagen übersandt mit AMS vom 23.05.03, Az.: II 1/9010/4/03).

Daneben sind im weiteren fachlichen Prüfungsverfahren vor allem die mit AMS vom 08.03.04, Az.: II 2/9000/30/04, und mit GMS vom 27.04.11, Az.: 22b-K9000-2010/268-1, bekannt gegebenen Förderausschlüsse für bestimmte Bereiche (Krankenhausküchen, Kfz-Stellplätze, Außenanlagen, Kunst am Bau, Krankenhausapotheken, Interimsbaumaßnahmen) zu beachten.

Für die Förderung der Baunebenkosten sind die Regelungen des AMS vom 30.04.04, Az.: II 2/9000/31/04, einschlägig.

- 6.4 Gemäß dem o.g. Beschluss des Ministerrates sind Bestrebungen des Trägers hinsichtlich eines vorzeitigen Maßnahmebeginns von der Regierung intensiv – ggf. durch Teilbilligungen – zu unterstützen; auf die Ausführungen des GMS vom 25.07.12, Az.: 22c-K9342-2012/3-4, wird hingewiesen.
- 6.5 Mit abschließender fachlicher Billigung ist der Krankenhausträger ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass im Hinblick auf die Haushaltslage der Träger nicht damit rechnen kann, dass dem Bauablauf entsprechende Förderleistungen in das jeweilige Jahreskrankenhausbauprogramm aufgenommen werden können. Es ist erforderlich, dieser Situation bei den Auftragsvergaben verantwortungsbewusst Rechnung zu tragen, da



etwaige Vor- und Zwischenfinanzierungskosten nicht förderfähig sind (vgl. Art. 9 Abs. 3 BayKrG).

7. Information

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen hat einen Abdruck dieses Schreibens erhalten; die Regierung wird gebeten, den beteiligten Ministerien einen Abdruck der abschließenden fachlichen Billigung zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Lechner', written in a cursive style.

Lechner  
Ministerialrat